



Botschaft des Stadtrates an den Gemeinderat

105455 / 515.00

Aufgaben- und Leistungsüberprüfung "ALÜ 2.0"; Bericht zum Stand der Arbeiten Dezember 2014

Antrag

Vom Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten Dezember 2014 im Auftrag der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird Kenntnis genommen.

Zusammenfassung

An der Sitzung vom 24. Oktober 2013 fällte der Gemeinderat zahlreiche Grundsatzentscheide im Rahmen von ALÜ 2.0. Vom Entlastungspaket im Umfang von 20 Mio. Franken wurden 13.8 Mio. Franken an den Stadtrat zur Weiterbearbeitung überwiesen. Fünf vom Gemeinderat behandelte ALÜ 2.0-Vorlagen mit einem Sparpotenzial von jährlich über 6 Mio. Franken wurden zwar im Sinne von ALÜ 2.0 verabschiedet, doch müssen sie infolge von Gegenstimmen der Urnenabstimmung unterbreitet werden. Diese Abstimmung findet am 30. November 2014 statt. Ihr Ausgang ist zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Botschaft offen. Aktuell muss das Entlastungsziel von ALÜ 2.0 als gefährdet bezeichnet werden, wenn einzelne Vorlagen an der Urne abgelehnt werden und gleichzeitig die vom Stadtrat vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen ("Priorität 3") beim Gemeinderat keine Akzeptanz finden. Die zuhanden der Urne verabschiedeten Vorlagen wurden vom Stadtrat bewusst in einem Paket unterbreitet, um den Kontext von ALÜ 2.0 sowie den Gleichgewichtsgedanke von Minderausgaben und Mehreinnahmen am Besten zum Ausdruck zu bringen.



Bericht

1. Ausgangslage

1.1 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 1.0

Als Folge des überwiesenen Auftrags der FDP "zwecks Leistungsoptimierung" unterbreitete der Stadtrat im Jahr 2010 dem Gemeinderat seine Botschaft zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) in der Stadtverwaltung. Konkret wurden 180 Massnahmen zur Verminderung der Ausgaben bzw. Erhöhung der Einnahmen erarbeitet. Die Entlastung der Laufenden Rechnung bei fristgerechter Umsetzung aller Massnahmen nach vier Jahren wurde auf ca. 28 - 30 Mio. Franken veranschlagt. Deren Umsetzung hätte einen Abbau von rund 40 Stellen und Investitionen von rund 17.5 Mio. Franken bedingt. Die Bilanz dieser "ALÜ 1.0" nach den Beschlüssen des Gemeinderates und des Volks (Ablehnung von Kanalgebühr, Steuererhöhung für das Jahr 2011 und Gebührenpflicht auf den Parkplätzen der Oberen Au) führte zu einer Verbesserung der Laufenden Rechnung von nunmehr 5.3 Mio. Franken (Stand November 2012).

1.2 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0; Auftrag der GPK

An der Budgetsitzung vom 20. Dezember 2012 stimmte der Gemeinderat folgendem Antrag der GPK zu:

"Der finanzwirksame Aufwand, Stand Voranschlag 2013, ist während der kommenden Legislatur um mindestens 5 % zu reduzieren. Der Stadtrat hat halbjährlich über die geplanten Massnahmen, deren Umsetzung und Auswirkungen zu informieren."

Konkret bedeutet dieser Auftrag, dass bis zum Ende der Legislatur im Jahr 2016 Einsparungen von 10 Mio. Franken erzielt werden müssen; zu Mehreinnahmen äussert sich der Auftrag nicht. Geht man von einem Anteil gebundener Ausgaben von geschätzten 75 % aus, wird deutlich, dass der Spielraum für Einsparungen nicht sehr gross ist.

Die Stossrichtung des Antrags zielt unter anderem auf die Fähigkeit der Stadt, die notwendigen Investitionen wieder aus eigenen Mitteln zu tätigen und den Investitionsstau abzubauen. Damit soll auch ein drohender Wertzerfall bei der Infrastruktur, wie ihn der Stadtrat in seiner Botschaft zum Voranschlag 2013 aufgezeigt hat, vermieden werden.



1.3 Rechnung 2013

Die Rechnung 2013 ist mit einem Ergebnis der Laufenden Rechnung von 1 Mio. Franken ausserordentlich gut ausgefallen. Unter Ausklammerung von 5.1 Mio. Franken ausserordentlichen Abschreibungen ist sogar ein Ergebnis von 6.1 Mio. Franken erzielt worden. Trotz dieser guten Werte hat die Nettoverschuldung leicht um 1.4 Mio. Franken zugenommen. Die Rechnung 2013 ist auch deshalb so gut ausgefallen, weil zu wenig investiert wurde. Mit 22.1 Mio. Franken Nettoinvestitionen konnten nur die dringendsten Vorhaben umgesetzt werden. Die Grundproblematik des städtischen Haushalts bleibt unverändert bestehen. Um Nettoinvestitionen von rund 25 - 30 Mio. Franken ohne Neuverschuldung tätigen zu können, ist eine weitere Ergebnisverbesserung ausgehend von der Rechnung 2013 von rund 10 Mio. Franken nötig. Dazu sind noch erhebliche Anstrengungen notwendig.

1.4 Voranschlag 2014

Der Voranschlag 2014 spiegelt die obigen Aussagen wider: Die Laufende Rechnung weist einen Aufwandüberschuss von 5.2 Mio. Franken aus. Bei Nettoinvestitionen von 27 Mio. Franken ist mit einem Finanzierungsfehlbetrag von 13.7 Mio. Franken zu rechnen. Es ist deshalb wichtig, dass in Zukunft weitere substantielle Sparprojekte zum Tragen kommen.

1.5 Budget 2015 (unter HRM2 wird der "Voranschlag" als "Budget" bezeichnet)

Die Erfolgsrechnung des Budgets 2015 weist als Gesamtergebnis eine schwarze Null aus. Das gute Ergebnis ist möglich, nachdem Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime bereits im laufenden Jahr vollständig ausbezahlt und zu 50 % abgeschrieben werden. Die Investitionen von 23.9 Mio. Franken können allerdings trotzdem nur zu gut 60 % aus eigenen Mitteln finanziert werden. Trotz einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung ist mit einem negativen Finanzierungssaldo von 9.1 Mio. Franken zu rechnen, was sich direkt auf die Verschuldung auswirkt. Damit die Verschuldung der Stadt in Zukunft nicht weiter ansteigt, sind bei zukünftigen Nettoinvestitionen von mindestens 25 Mio. Franken jährliche Gewinne der Erfolgsrechnung von rund 10 Mio. Franken anzustreben. Die Sparanstrengungen im Rahmen von ALÜ 2.0 sind deshalb weiterhin nötig.

1.6 Analyse der bisherigen Haushaltsentwicklung

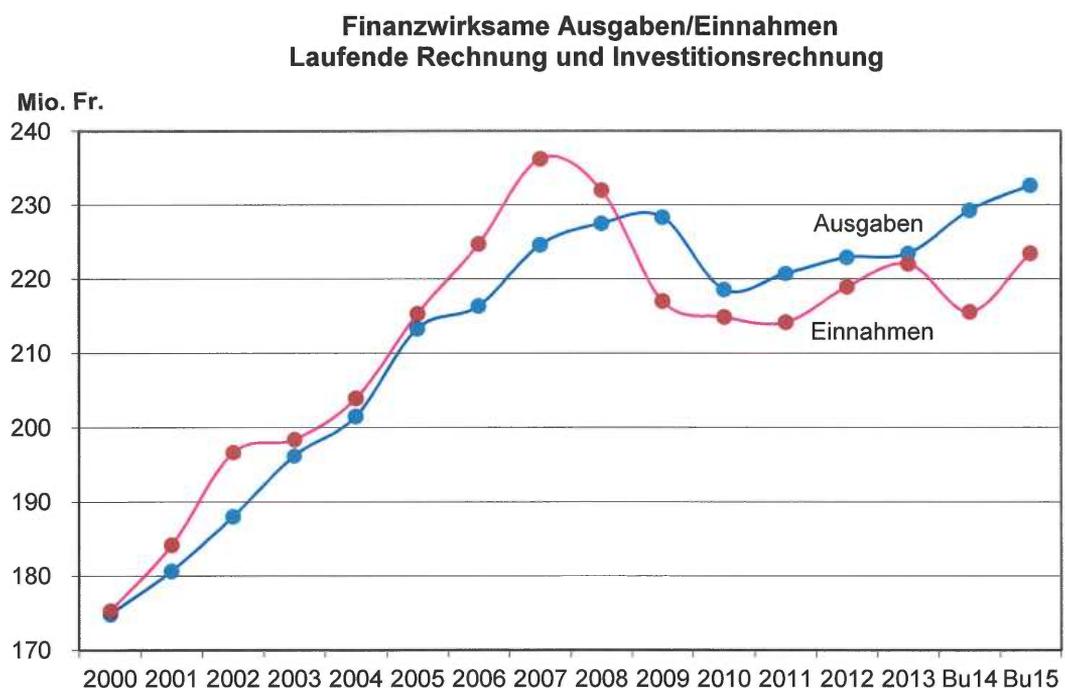
Seit dem Jahr 2000 haben sich die Stadtfinanzen sehr unterschiedlich entwickelt. Während bis zum Jahr 2007 ein starkes Wachstum sowohl beim Aufwand wie auch beim Ertrag feststellbar ist, erfolgte ab 2008 eine abrupte Wende, zunächst bei den Erträgen, gefolgt von



einer verzögerten Anpassung beim Aufwand der Laufenden Rechnung und den Ausgaben der Investitionsrechnung. Es ist jedoch trotz grosser Anstrengungen in der Folge nicht gelungen, den Rechnungsausgleich der Finanzierungsrechnung wieder herzustellen. Die einzelnen Phasen sehen wie folgt aus:

- 2002 - 2007: Starkes Wachstum von Einnahmen und Ausgaben mit jährlichen Ertragsüberschüssen der Laufenden Rechnung, verhältnismässig starke Investitionstätigkeit mit Bruttoinvestitionen von jährlich durchschnittlich rund 28 Mio. Franken und Abbau der Nettoverschuldung unter die Grenze von 80 Mio. Franken.
- 2008 - 2010: Rückgang der Einnahmen, verzögerter Rückgang der Ausgaben, Aufwandüberschüsse der Laufenden Rechnung, Rückgang der Investitionstätigkeit und Zunahme der Nettoverschuldung. Start von "ALÜ 1.0".
- 2011 - 2012: Konsolidierung bei zu tiefen Einnahmen und/oder zu hohen Ausgaben und zu tiefem Investitionsplafond. Umsetzung von "ALÜ 1.0".
- 2013 - 2016: Fortsetzung der Sparmassnahmen mit Vorgabe von 5 % des finanzwirksamen Aufwands (ALÜ 2.0). Erhöhung des Investitionsplafonds.

Die grafische Entwicklung seit dem Jahr 2000 sieht wie folgt aus:





Seit dem Jahr 2009 waren die Ausgaben (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) immer höher als die Einnahmen. Entsprechend hat auch die Verschuldung zugenommen. Das Jahr 2014 dürfte aufgrund des heutigen Kenntnisstands zumindest bei den Einnahmen besser als oben aufgezeigt ausfallen.

2. Umsetzung von ALÜ 2.0

An seiner Sitzung vom 24. Oktober 2013 behandelte der Gemeinderat die Botschaft zu ALÜ 2.0. Die Vorlage des Stadtrates wurde vom Gemeinderat grundsätzlich positiv aufgenommen. Dem Stadtrat wurde attestiert, den Auftrag mit der 5 %-Vorgabe erfüllt zu haben, auch wenn er mit seinen Anträgen für Mehreinnahmen darüber hinausgehe; entsprechend seien diese zwingend für Investitionen zu reservieren. Unter Verweis auf die "ALÜ 1.0" wurde betont, dass das von der Vorberatungskommission geschnürte Paket beiden politischen Lagern Opfer abverlangt habe; dies sei auch bei der vorliegenden Version 2.0 anzustreben. Für ALÜ 2.0 wurde eine Vorberatungskommission vom Gemeinderat aber explizit abgelehnt.

Grundsätzlich hätten die ALÜ-Massnahmen als Paket beschlossen werden sollen, um ihre volle Wirkung zu entfalten. Es wurde vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat sämtliche in seiner Kompetenz fallenden Massnahmen umsetzen wird. Der Gemeinderat lehnte dann aber nach längerer Diskussion die Aufhebung der zweisprachigen Klassen mit einem Sparpotential von knapp 2 Mio. Franken ab, worauf auch die Erhöhung der Liegenschaftensteuern im Betrag von 4 Mio. Franken abgelehnt wurde. Damit wurden schlussendlich Massnahmen mit einem Volumen von 13.8 Mio. Franken an den Stadtrat zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Die dem Gemeinderat vorgelegten Massnahmen "Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen", "Erhöhung Steuersatz der Handänderungssteuer" und "Umfinanzierung Pensionsversicherung" wurden im Gemeinderat kontrovers diskutiert. Da alle drei Vorlagen nicht einstimmig genehmigt wurden, unterstehen sie dem obligatorischen Referendum (bei den Zusatzleistungen und der Pensionskasse ergaben sich "erhebliche Minderheiten" im Sinne von Art. 38 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat). Auch die Neuauflage der Benutzungsgebühr (Kanalgebühr) wurde nicht einstimmig genehmigt, die Einführung der teilweisen Gebührenpflicht für die Parkplätze Obere Au wurde nach dem Willen des Gemeinderates bewusst der Volksabstimmung unterbreitet.



Aus diesen Überlegungen legt der Stadtrat folgende Vorlagen als Paket im Rahmen von ALÜ 2.0 dem Volk am 30. November 2014 zur Abstimmung vor:

- Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen zu kantonalen Ergänzungsleistungen	Fr. 750'000.--
- Teilrevision des Steuergesetzes, Erhöhung Steuersatz der Handänderungssteuer	Fr. 1'000'000.--
- Pensionsversicherung, Änderung der Arbeitgeber-/ Arbeitnehmer-Beiträge von 60 % : 40 % auf 50 % : 50 %	Fr. 1'270'000.--
- Teilrevision des Gesetzes über die Abwasseranlagen/ Einführung einer Benutzungsgebühr	Fr. 2'770'000.--
- Einführung einer teilweisen Gebührenpflicht für die Parkplätze Obere Au	Fr. 445'000.--
Gesamtes jährliches Verbesserungspotential	Fr. 6'235'000.--

Vom gesamten obigen Verbesserungspotential von 6.2 Mio. Franken würden bei Annahme aller Vorlagen im ersten Jahr rund 3 Mio. Franken ergebniswirksam. Zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Botschaft war das Resultat der Volksabstimmung noch nicht bekannt.

Abstriche am Sparpaket bei gleichzeitigem Festhalten am Sparziel können entweder durch die Kompensationsmassnahmen in Priorität 3 (vgl. dazu ALÜ 2.0-Botschaft vom 1. Oktober 2013, Ziff. 7) oder aber als "ultima ratio" durch Steuererhöhungen kompensiert werden. Zu bemerken ist hierzu, dass die Kompensationsmassnahmen vom Gemeinderat bisher nicht in Erwägung gezogen wurden. Aufgrund der bisherigen Diskussion zu den ALÜ-Vorlagen geht der Stadtrat davon aus, dass es sehr schwierig sein wird, Mehrheiten für neue Sparmassnahmen zu finden.



3. Bisher beschlossene bzw. umgesetzte Massnahmen

Bisher wurden die nachfolgenden Projekte beschlossen, teilweise bereits umgesetzt oder es sind noch Volksabstimmungen ausstehend:

Nr.	Massnahme	Beschluss	Betrag
Beschlossene Massnahmen			2'196'000
1001	Defizitübernahme Bürgergemeinde streichen	Stadtrat	650'000
1102	Einführung Krankentaggeldversicherung extern	Stadtrat	300'000
1105	Betriebsunfall/Nichtbetriebsunfall-Versicherung, Prämieinspar.	Gemeinderat	214'000
1341	Ökostrom Energiestadt, Bauliche Massnahmen	Gemeinderat	180'000
2007	Kürzung Beiträge an ausserschulische Musikerziehung	Gemeinderat	offen
2901	Entnahme aus Bodenerlöskonto (Projekt Bürgergemeinde)	Stadtrat	200'000
3900	Reorganisation Departement 3	Gemeinderat	450'000
	Weitere kleinere Massnahmen	Stadtrat	202'000
Weitere Massnahmen im Rahmen des Budgets 2014/2015			1'180'000
1003	Kreisverwaltung, Reduktion des Defizits	Stadtrat	200'000
1345	Wohnbaugenossenschaft, Aufwandsentschädigung	Stadtrat	250'000
1401	Steuerverwaltung, Intensivierung Verlustscheinbewirtschaftung	Stadtrat	100'000
3001	Tiefbauamt, Beiträge Erschliessungsanlagen	Stadtrat	300'000
	Weitere kleinere Massnahmen	Stadtrat	330'000
Weitere neue Massnahmen des Stadtrates			1'089'000
	Günstige Refinanzierungen 2014, Einsparung Passivzinsen	Stadtrat	250'000
	Vollkostenrechnung Schulgelder externe Schüler ab 2014/15	Stadtrat	450'000
	Schulen: Auftrag GPK betr. Abänderung bestehendes Modell auf Modell 28+1 (GPK Bericht vom 20.11.2013) ab 2015/16	Stadtrat	250'000
	Baurecht Sommerastr., Mehrwertabsch. (einmalig Fr. 300'000)	Stadtrat	0
	Weitere kleinere Massnahmen	Stadtrat	139'000
Total beschlossene Massnahmen			4'465'000
Massnahmen, bei denen eine Volksabstimmung nötig ist			6'235'000
1150	Pensionskasse, Änderung Finanzierungsverhältnis 60:40 --> 50:50	Volk	1'270'000
1401	Erhöhung Handänderungssteuer 1.5% --> 2.0%	Volk	1'000'000
2701	Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen	Volk	750'000
3041	Einführung einer Benutzungsgebühr (Kanalgebühr)	Volk	2'770'000
	Gebührenpflicht für die Parkplätze Obere Au	Volk	445'000
GESAMTTOTAL			10'700'000

grün = beschlossen bzw. umgesetzt; orange = noch nicht beschlossen

Von den oben aufgeführten Verbesserungen von 10.7 Mio. Franken betreffen 5 Mio. Franken Minderaufwendungen und 5.7 Mio. Franken Mehrerträge.



4. Problembereich Investitionen

Der jahrelange Investitionsstau bereitet immer mehr Probleme, welche auch in den nächsten Jahren ohne Gegenmassnahmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht behoben werden können. Das betrifft auch Investitionen in die bestehenden städtischen Liegenschaften und Infrastrukturen, welche aktuell unterdurchschnittlich sind und mittel- bis längerfristig zu teuren Folgeschäden führen werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass vorab im Bereich Alters- und Pflegeheime Entscheide durch den Kanton gefällt werden, bei denen die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, die Hälfte der Investitionskosten zu übernehmen. Im Zeitraum 2009 bis 2014 ist für Sanierungen, Umbauten und Erweiterungen von Alters- und Pflegeheimen ein Investitionsbetrag zu Lasten der Stadt von brutto 37.8 Mio. Franken angefallen. Diese Beiträge, welche die Investitionsrechnung der Stadt seit 2009 mit jährlich durchschnittlich über 6 Mio. Franken belastet haben, werden im laufenden Jahr auslaufen. Dadurch erhöht sich der Spielraum für neue Investitionen ab dem Jahr 2015 wieder.

Sollten alle vom Gemeinderat zur Weiterbearbeitung verabschiedeten Massnahmen im Umfang von 13.8 Mio. Franken genehmigt werden, wäre die dringend notwendige Erhöhung des Investitionsplafonds auf 25 - 30 Mio. Franken ohne Neuverschuldung möglich.

5. Finanzieller Ausblick

Gemäss Prognose 2016 verbessert sich das Ergebnis der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget 2015 nochmals um 4 Mio. Franken und die tiefen Nettoinvestitionen von 20.5 Mio. Franken können zu gut 90 % aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die Hauptverbesserung wird jedoch nicht aus den ALÜ 2.0-Massnahmen erwartet, sondern aus der FA-Reform, welche nach positiver Volksabstimmung per 1. Januar 2016 eingeführt wird. Gemäss kantonalen Globalbilanz ist für die Stadt mit Mehreinnahmen von 3.5 Mio. Franken zu rechnen.

Auf der anderen Seite muss bei der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III mit einem erheblichen Rückgang bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen gerechnet werden. Auch im Sozial- und Gesundheitsbereich muss weiterhin von zunehmenden Kostensteigerungen ausgegangen werden. Die kantonalen Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert und könnten sich auch negativ auf die Stadtfinanzen auswirken (Zweitwohnungsinitiative, Einwanderungsinitiative, nationaler Finanzausgleich, Ablieferungen Kantonbank/Nationalbank, Probleme im Bereich der Strombranche/Wasserzinsen usw.). Die gute Budgetdisziplin der städtischen Mitarbeitenden muss auch in Zukunft beibehalten werden.



6. Beurteilung

Die Massnahmen des Entlastungspakets im Umfang von 13.8 Mio. Franken, welche der Gemeinderat dem Stadtrat zur Weiterbearbeitung überwiesen hatte, befinden sich in der Umsetzung. Da keine der vom Stadtrat vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen ("Priorität 3") beim Gemeinderat auf Akzeptanz stösst, lässt sich das Entlastungsziel von 20 Mio. Franken nicht erreichen.

Im Rahmen seiner Verwaltungsführung erzielte der Stadtrat seit dem 24. Oktober 2013 immerhin 1.1 Mio. Franken an zusätzlichen, jährlich wiederkehrend Einsparungen. Er ist weiterhin bestrebt, durch Optimierungen und Einsparungen Verbesserungen der Erfolgsrechnung zu erzielen.

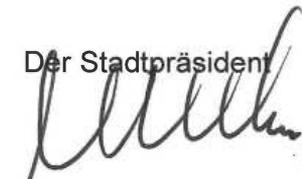
Zum aktuellen Zeitpunkt ist der Erfolg von ALÜ 2.0 nicht mehr vom Stadtrat, sondern von der Zustimmung von Gemeinderat und Volk abhängig. Der Stadtrat hat die fünf genannten Vorlagen in einem Paket der Volksabstimmung unterbreitet. Damit lassen sie sich besser in den Kontext von ALÜ 2.0 und den dabei zentralen Gedanken eines Gleichgewichts von Sparmassnahmen und Mehreinnahmen stellen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Chur, 18. November 2014

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident



Urs Marti

Der Stadtschreiber



Markus Frauenfelder

Anhang

Übersicht Massnahmenpaket ALÜ 2.0 (Liste)

Aktenauflage

Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 (Nr. 105455) vom 1. Oktober 2013

ALÜ 2.0 Beschlossene Massnahmen

Nr.	Massnahme	Kompetenz	Betrag
Beschlossene Massnahmen			2'196'000
1001	Defizitübernahme Bürgergemeinde streichen	Stadtrat	650'000
1102	Einführung Krankentaggeldversicherung extern	Stadtrat	300'000
1105	Betriebsunfall/Nichtbetriebsunfall-Versicherung, Prämie einspar.	Gemeinderat	214'000
1341	Ökostrom Energiestadt, Bauliche Massnahmen	Gemeinderat	180'000
2007	Kürzung Beiträge an ausserschulische Musikerziehung	Gemeinderat	offen
2901	Entnahme aus Bodenerlöskonto (Projekt Bürgergemeinde)	Stadtrat	200'000
3900	Reorganisation Departement 3	Gemeinderat	450'000
Kleinere Massnahmen			
5000	Urnenstandorte reduzieren	Stadtrat	3000
5003	Landsitzungen Dauer nur 1 Tag / Streichung Essen STR/GPK	Stadtrat	4000
1004	Schweiz. Gemeindeverband, Austritt	Stadtrat	2000
1342	Ökostrom Energiekonzept 2020	Stadtrat	30000
1346	Reinigungsintervalle nochmals prüfen	Stadtrat	90000
1804	Hundetaxen Erhöhung	Stadtrat	10000
2300	Schulzahnpflege: Leistungsvereinbarung mit dem Kanton	Stadtrat	8000
2420	Beiträge Jugendsportförderung	Stadtrat	35000
2430	Bündner Urkundenbuch	Stadtrat	3000
2431	Beitrag Klassikforum streichen	Stadtrat	10000
2434	Reduktion der Aufgaben der Kulturkommission	Stadtrat	5000
2702	Aufhebung Jugendkommission	Stadtrat	2000
Weitere Massnahmen im Rahmen des Voranschlags 2014			1'180'000
1003	Kreisverwaltung, Reduktion des Defizits	Stadtrat	200'000
1345	Wohnbaugenossenschaft, Aufwandsentschädigung	Stadtrat	250'000
1400	Steuerverwaltung, Intensivierung Verlustscheinbewirtschaftung	Stadtrat	100'000
3001	Tiefbauamt, Beiträge Erschliessungsanlagen	Stadtrat	300'000
Kleinere Massnahmen			
5007	Einsitznahme in VR durch Mitarbeitende	Stadtrat	10'000
1007	Schlagerparade, Beitrag streichen	Stadtrat	8'000
1050	Stadtarchiv: Aufbereitungszeit Pendenzen streichen	Stadtrat	20'000
1344	Liegenschaftsverw.: Marktkonformität und Potential der Mietzinsen	Stadtrat	20'000
1805	Polizei: Einsparung Dienstkleider und pers. Ausrüstung	Stadtrat	20'000
2302	Schulzahnpflege: Optimierung bei Behandlung durch Zahnarzt	Stadtrat	10'000
2305	Schulzahnpflege: Räume an Drittpersonen vermieten	Stadtrat	2'000
2306	Schulzahnpflege: Steigerung der Einnahmen Kieferorthopädie	Stadtrat	20'000
3055	TBVA: Kartonsammlung aufheben	Stadtrat	50'000
3057	TBVA: APG Reklame an interessanten Stellen verdichten	Stadtrat	50'000
Weitere Massnahmen im Rahmen des Budgets 2015			
1500	Übernahme Grundbuch Domat/Ems	Stadtrat	20'000
2000	Aufhebung Schulrat / Bildungskommission	Stadtrat	40'000
2301/04/07	Diverse Massnahmen Schulzahnpflege	Stadtrat	10'000
3120	Anpassung Gebühren für Baubewilligungsverfahren	Stadtrat	50'000
Weitere neue Massnahmen des Stadtrates			1'089'000
	Günstige Refinanzierungen 2014, Einsparung Passivzinsen	Stadtrat	250'000
	Vollkostenrechnung Schulgelder externe Schüler ab 2014/2015	Stadtrat	450'000
	Schulen: Auftrag GPK betr. Abänderung bestehendes Modell auf Modell 28+1 (GPK Bericht vom 20.11.2013) ab 2015/2016	Stadtrat	250'000
	Baurecht Nr. 8954 Sommerastr., Mehrwertabschöpfung (einmalig 300'000)	Stadtrat	0
Kleinere Massnahmen			
	Schuldirektion, Lohnkorrektur	Stadtrat	24'000
	Werkbetrieb, Personalersatz	Stadtrat	17'000
	Cosmaït, Kündigung Leistungsvereinbarung	Stadtrat	20'000
	Platzierung Asylsuchende in Chur, Abschluss Mietvertrag mit HBA GR	Stadtrat	30'000
	Steuerverwaltung, Personalersatz	Stadtrat	48'000
Total beschlossene Massnahmen			4'465'000

Massnahmen, bei denen eine Volksabstimmung hängig ist			6'235'000
1150	Pensionskasse, Änderung Finanzierungsverhältnis 60:40 --> 50:50	Volk	1'270'000
1401	Erhöhung Handänderungssteuer 1.5% --> 2.0%	Volk	1'000'000
2701	Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen	Volk	750'000
3041	Einführung einer Benutzungsgebühr (Kanalgebühr)	Volk	2'770'000
	Gebührenpflicht für die Parkplätze Obere Au	Volk	445'000
<hr/> GESAMTTOTAL			10'700'000